

Europa neu denken: Zeit für einen Integrationsprung

Gastkommentar. Solange der EU-Kommission die demokratische Legitimität fehlt, wird es keine Zustimmung zu einem Kompetenztransfer geben.

VON PAUL SCHMIDT

Schuldenschnitt, Hebelung, Bankenstütze, Schuldenbremse, Ratings – die Finanzmärkte geben das Tempo vor, und 17 Eurostaatenlenker versuchen, Schritt zu halten.

Das gegenwärtige *management by crisis* kann dabei bestenfalls eine symptom bekämpfende Momentaufnahme, aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Der derzeitige Wettlauf der Politik mit den Märkten ist demokratiepolitisch zweifelhaft und fördert das Unbehagen der Bevölkerung.

Nicht der Euro als Währung, sondern europäische Politikgestaltung stößt an ihre systemischen Grenzen. Daher werden immer vehementer Kompetenztransfers und damit weitreichende Veränderungen der EU-Strukturen eingefordert.

Mut zu mehr Europa

Um politische Handlungsfähigkeit zu sichern, braucht es eine Europäisierung traditionell nationaler Politikfelder. Immerhin 55 Prozent der Österreicher meinen in der aktuellen Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik, dass die EU auch das Potenzial hätte, Wirtschaftskrisen zu bewältigen. Nationalen Akteuren allein wird dies viel weniger zugetraut.

Die Mehrheit der Österreicher erwartet sich zudem europäische Antworten auf aktuelle globale He-

rausforderungen wie Terrorismus, Zuwanderung oder Umweltkatastrophen.

Eine Abgabe weiterer nationaler Souveränitätsrechte kommt aber für die Österreicher derzeit trotzdem nicht infrage: Zwei Drittel wollen etwa nicht, dass EU-Institutionen auf Lohn- und Kollektivvertragsverhandlungen, Pensionsregelungen sowie Steuer- und Budgetpolitik stärker Einfluss nehmen können.

Mehr demokratische Legitimität

Die Skepsis überrascht nicht. Der EU-Kommission fehlt es an demokratischer Legitimität. Solange diese nicht gegeben und im Bewusstsein der Menschen verankert ist, wird es auch keine Zustimmung zu einem verstärkten Kompetenztransfer geben.

Möglichkeiten, ihre Legitimität zu erhöhen, gibt es ja. Was spricht etwa dagegen, dass sich die Listen ersten der nächsten EU-Parlamentswahlen als potenzielle EU-Kommissare präsentieren? Wieso keine Direktwahl des Kommissionspräsidenten? Allein diese Änderung würde das Interesse der Menschen für europäische Politik steigern. Europäische Belange und Persönlichkeiten könnten endlich den Ausschlag für die Wahlentscheidung geben.

... und starke Institutionen

Mehr Partizipation hat jedoch nur Sinn, wenn die relevanten EU-Institutionen auch mit Befugnissen ausgestattet sind, um rasch Linie vorzugeben und Regeln durchsetzen zu können. Die Menschen in Europa sollen direkt über Programm und Richtung einer europäischen Führung entscheiden und dieser damit mehr politisches Gewicht verleihen.

Es zahlt sich jedenfalls aus, die europäische Landkarte neu zu zeichnen. Ohne Einbindung und verstärkten Dialog mit der Bevölkerung, klare Kompetenzaufteilung und sichtbaren europäischen Mehrwert wird es aber nicht gehen.

Zum Autor



Paul Schmidt
(* 1. 10. 1975 in Wien) studierte an der Universität Wien und absolvierte die Diplomatische

Akademie. 2001 bis 2009: Mitarbeiter der Oesterreichischen Nationalbank, u. a. der OeNB-Repräsentanz in Brüssel. Seit 2010: Generalsekretär der Oesterreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

(4/11)

E-Mails an: debatte@diepresse.com